

Politischer Bericht

Verfassungswahlen in Bolivien: Erster Schritt zur „Venezolanisierung“?

Peter-Alberto Behrens

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien

La Paz, 3. Juli 2006

Die Regierungspartei MAS erringt eine Mehrheit von ca. 53 % in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 2. Juli. Zugleich spricht sich eine Mehrheit von 56% der Bolivianer gegen eine Dezentralisierung des Landes aus. Verstaatlichung, zunehmend autoritäres Gebaren und eine spürbar stärkere Präsenz Venezuelas und Kubas im ersten Regierungshalbjahr des Präsidenten Morales wirft Fragen zur Zukunft der Demokratie in Bolivien auf.

Präsident Morales hatte sich in den letzten Tagen der Wahlkampagne ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: sich mit ca. 70% der Stimmen, eine 2/3 Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung zu sichern. Dieses Ziel erreichte er nicht. Bedeutender jedoch ist der landesweite Sieg des „NEIN“ zur Frage, ob Bolivien zukünftig ein Autonomiestaat werden soll. Die zeitgleich realisierte Volksbefragung ergab, daß sich der Osten des Landes klar für eine stärkere Dezentralisierung ausspricht, während der Westen dagegen ist. Hiermit zeichnet sich auch eine deutliche politische Teilung des Landes ab: In dem von den 4 östlichen Departaments gebildeten halbmondähnlichem Gebiet („media luna“) bleibt die MAS ein wichtiger politischer Akteur. In der Wählergunst führend sind dort allerdings weiterhin oppositionelle Parteien wie PODEMOS, UN oder MNR. In den 5 westlichen Departaments ist das Verhältnis umgekehrt.

Ergebnis der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Bolivien (Vorläufiges Endergebnis)		
<i>Politische Formation</i>	<i>% der abgegebenen Stimmen</i>	<i>Mandate in der VV</i>
MAS – Movimiento al Socialismo	53%	134
PODEMOS – Poder Democr. y Social	25%	64
UN – Unidad Nacional	4%	10
Weitere	18%	47
Gesamt	100%	255

Besonders die im östlichen Tiefland liegenden Departements (Santa Cruz, Pando, Beni, Tarija) befürworten seit längerem eine größere Autonomie, die von der MAS sowie großen Bevölkerungsteilen der westlichen Departaments kritisch gesehen wird. Die politisch brisante Frage ist also, ob die Regierung den Willen der östlichen Wählern respektiert. Besonders in den letzten Wochen häufen sich Handlungen und Äußerungen in Regierungs- und MAS-nahen Kreisen, die ernsthafte Zweifel an ihrer demokratischen Grundgesinnung eröffnen. Ist die Verfassungsgebende Versammlung auch für diese Frage eine Chance oder ein Risiko?

Der Weg zur Wahl

Die Wahl hat für wenig Aufregung unter den Bolivianern gesorgt. Dies ist umso überraschender, da der Wunsch zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung seit Jahren die politische Agenda des Landes bestimmt. Dennoch, Spitzenpolitiker der größeren Parteien, wie Oppositionsführer J.Quiroga (PODEMOS) oder auch S.Doria Medina (UN) schalteten sich erst relativ spät in die Kampagnen ein. Mit fundierten programmatischen Vorschlägen konnte sowieso kaum eine der teilnehmenden politischen Organisationen aufwarten und auch die Kampagnen selbst waren für lateinamerikanische Verhältnisse unüblich leidenschaftslos. Demgegenüber spaltete das zeitgleich stattfindende Referendum zu den Autonomen weit stärker die Gemüter. In politischen Verhandlungen mit der Regierung Morales hatte Anfang des Jahres die parlamentarische Opposition unter Führung des Bürgerkomitees („Comité Cívico“) von Santa Cruz diese Volksbefragung durchsetzen wollen. Sie sollte das schon lang ersehnte Mandat größerer Selbstverwaltungsrechte für diejenigen Departaments bindend in die zukünftige Verfassung aufnehmen, in welchen das „JA“ eine Mehrheit erhielt. Ergebnis dieser Verhandlungen war das Ende Januar beschlossene „Außerordentliche Gesetz zur Bildung der Verfassungsgebenden Versammlung“ („LECAC - Ley Especial de Convocatoria a la Asamblea Constituyente“). Es bestimmte u.a., das der Wahl zugrundeliegende Verfahren und schrieb die Verbindlichkeit des aus dem Referendum hervorgehenden Mandats für die Verfassungsgebende Versammlung fest. Ursprünglich als weiser politischer Kompromiss zwischen Regierung und Opposition gefeiert, ist der Regierung sowie großen Teilen der MAS dieses Gesetz mittlerweile ein Dorn im Auge. Immer unverhohlener muß sich der damalige Verhandlungsführer der Regierung, Vize-Präsident A.García Linera vorwerfen lassen, er habe der verhassten „neoliberalen“ Gegenseite zu viele Zugeständnisse gemacht¹.

Dies mag damit zu tun haben, dass seinerzeit die Tragweite des ausgehandelten Kompromisses nicht wirklich verstanden wurde: Die Regierung brachte zwar das Mehrheitswahlrecht ein, um sich auch bei einer geringeren Zustimmung als bei den allgemeinen Wahlen im Dezember 2005 (53,7%) eine Zweidrittelmehrheit der MAS-Mandate in der Verfassungsgebenden Versammlung zu sichern. Im Endeffekt erreichte die Gegenseite jedoch, dass die MAS selbst bei annähernder Wiederholung ihres Wahlerfolgs des letzten Jahres, nur relativ knapp die absolute Mehrheit der Mandate errang².

Nach Inkrafttreten der LECAC änderte sich die Haltung der Regierung bezüglich des Sinn und Zwecks der Verfassungsgebenden Versammlung. Sie wurde immer weniger wie bisher, als Chance für eine gemeinsame politische Neugründung gedeutet. Statt dessen sprach Präsident E.Morales spätestens Ende April offen von einem „revolutionärem Instrument“, dass die aktuelle politische Mehrheit und ihr Machtprojekt auf lange Frist absichern solle, und dazu brauche man nun mal mindestens 70% der Stimmen. Zugleich wurde eine öffentliche Debatte darüber geführt, die Wiederwählbarkeit des Präsidenten erneut in die Verfassung aufzunehmen³.

¹ Auch Präsident Morales äußerte Unbehagen mit dem Verhandlungsergebnis, El Deber, 7.Juli.

² Insgesamt wurden 255 Mitgl. der Versammlung gewählt: 210 von ihnen in den 70 Wahlbezirken (die Siegerpartei erhielt 2, die zweitstärkste 1 Mandat pro Bezirk); die weiteren 45 Mitglieder wurden nach Departmentlisten (5 pro Department) bestimmt..

³ So Morales beim Wahlkampfauftakt im Chapare mit Venezuelas Präsident H.Chavez und Kubas Vize-Präsident C.Lage, La Razón 21.April; „Soziale Bewegungen fordern Wiederwählbarkeit“, La Época, 28.Mai; siehe auch La Razón 24.Mai.

Die Regierung Morales setzte mit der am 21. April eingerichteten REPAC („Representación Presidencial para la Asamblea Constituyente y el Referéndum Autonómico“) ein deutliches Zeichen, daß sie den Verfassungsprozeß fortan nicht mehr aus der Hand geben mochte. Die als „neutral“ bezeichnete Behörde zur Steuerung und Vorbereitung des gesamten Prozesses steht unter Leitung des Vize-Präsidenten García Linera und wird erst dann ihre Arbeit niederlegen, wenn der auszuarbeitende Verfassungstext voraussichtlich Ende 2007 in einer Volksbefragung ratifiziert werden soll. Auch in der Frage der Autonomien legte die Regierung Morales ihre anfängliche Neutralität ab. Am 15. Juni entging es Morales, die „Autonomien seien zu nichts nütze“ und dienten nur „der Oligarchie“, um später seinen Vize-Präsidenten García Linera sagen zu lassen, die Regierung verhalte „sich weiterhin strikt neutral“ in dieser Frage. Allerdings würde die MAS als Partei empfehlen, in der Volksbefragung mit „NEIN“ zu stimmen⁴.

Das erste Regierungshalbjahr: Evo legt sein Schafspelz ab

Die Regierung scheint an diesem kämpferischen Ton seit Anfang Mai zunehmend Gefallen zu finden und lässt ihn auch gerne mit politische Gegner spüren. Bislang mag man einzelne der aggressiven Aussagen Morales' als „unglückliche Ausrutscher“ im Eifer des politischen Gefechts verziehen haben – für die sich der Präsident meist selbst, umgehend und wortreich entschuldigte oder rechtfertigte. „Wir sind bereit unsere Souveränität mit dem Leben zu bezahlen“ oder „Kulturelle und demokratische Revolution – nicht ein Schritt zurück“⁵ sind dann aber eher Slogans, die man aus dem zerfallenden kubanischen Tropenkommunismus kennt. Allerdings handelt es sich hier um eine Äußerung des Vize-Präsidenten bzw. einer Annonce des Innenministeriums. Die Regierung Morales trägt einen autoritären Handlungsstil und Diskurs selbstbewusster, ja auch rücksichtsloser zur Schau. Die parlamentarische Opposition wird systematisch als „unfähig und unqualifiziert“⁶ gebrandmarkt und dieser Logik entspricht, dass seit der LECAC keine weitere bedeutende politische Entscheidung mehr das Parlament passiert hat. Im Gegenteil es wurde rege von Regierungsdekreten Gebrauch gemacht. Dabei hätte es die Regierung gar nicht nötig, das Parlament ständig zu umgehen, die MAS verfügt über eine bequeme Mehrheit im Abgeordnetenhaus und die oppositionelle Senatsmehrheit ist kaum einer gemeinsam koordinierten Aktion fähig.

Härter als die Legislative trifft es die Judikative – unbewiesene Korruptionsvorwürfe gegen hohe Richter und Justizbeamten sind fast schon seit Beginn der Amtsführung Morales' an der Tagesordnung. Der Präsident beschwerte sich öffentlich darüber, die Justiz „verstehe es nicht, eine kulturelle und demokratische Revolution durchzuführen“. Der Lateinamerikanische Richterbund sah sich daraufhin genötigt, Herrn Morales auf die Unabhängigkeit der Justiz in einer Demokratie zu erinnern⁷.

⁴ E.Morales: „Las Autonomías no sirven para nada“, La Razón, 16.Juni; Die widersprüchlichen Äußerungen suggerieren einen Meinungsunterschied zwischen Morales und García Linera in dieser Frage, La Razón, 16.Juni sowie TV-Interview in Abendnachrichten des Senders ATB mit A.García Linera am 16.Juni: „el gobierno guarda estricta neutralidad“

⁵ A.García Linera: „Defenderemos la soberanía con la vida“, El Deber, 30.April.; „Revolución democrática y cultural - ¡ni un paso atrás!“, Ann. des Innenministeriums, erschienen in La Razón, 3.Juni.

⁶ So schon im April der Vize-Minister für soziale Bewegungen, A.Rada „no son interlocutores cualificados“, El Deber, 23.April.

⁷ „...algunos poderes del Estado, como el Poder Judicial, (...), aún no entienden cómo hacer una revolución cultural y democrática en el país“, so Morales zum Anlaß einer Jubiläumsfeier der

Selbst die Katholische Kirche des Landes, die seinerzeit den Wahlsieg der MAS überraschend deutlich begrüßte und sehr optimistisch mit der Hoffnung auf eine stärker sozial eingestellte Regierung verband, hat sich merklich zurückgezogen. Dazu trug nicht nur der Vorschlag führender MAS-Politiker bei, in die zukünftige Verfassung den laizistischen Charakter des Staates festzuschreiben. Die katholische Kirche äußerte öffentlich Zweifel an den Kurs in der Erziehungspolitik, des Umgangs mit politischen Gegnern sowie einer Außenpolitik, „die sich der Welt sperre“⁸.

Wenig zimperlich geht die MAS zur Zeit mit Andersdenkenden in ihren eigenen Reihen um. Adriana Gil und Vidal Quenta, zwei durchaus polemische aber dem Präsidenten bisher äußerst loyale Mitstreiter aus Santa Cruz, wurden Mitte Mai kurzerhand aus der Partei ausgeschlossen: Sie seien korruptionsverdächtig und förderten den Nepotismus⁹. Aufgrund solcher Vorwürfe mussten schon mehrere Vize-Minister sowie ein Fraktionsführer der MAS ihre Ämter niederlegen. Zweifellos ist die Ernsthaftigkeit, mit der die Regierung das Thema Korruptionsbekämpfung angeht, sehr zu begrüßen – zumal im Vergleich zu ihren Vorgängerregierungen. Dennoch beunruhigt es, wie leichtfertig mit Korruptionsvorwürfen umgegangen wird, da ernsthafte Untersuchungen von Einzelfällen bislang ausblieben.

Eng flankiert wird die Korruptionsbekämpfung mit populären Maßnahmen wie die Kürzung der, ohnehin vergleichsweise niedrigen Gehältern von Verwaltungsbeamten und Mandatsträgern. Die härteren Waffen gegen vermeintlich korrupte Politiker sind Rechtsklagen, mit denen in letzter Zeit vor allem Mitglieder und Berater vergangener Regierungen bedacht werden¹⁰. Unabhängige Kontrollbehörden („Superintendencias“) werden abgeschafft und den Ministerien untergeordnet.

Der Paukenschlag: Die “Verstaatlichung” der Erdgas- und Erdölindustrie

Der bis Anfang Mai oft zweideutige Diskurs der Regierung Morales ist am Besten an ihrer Verstaatlichungspolitik nachvollziehbar. War dies eine der am lautstärksten vorgetragenen Forderungen während des Wahlkampfes, so kokettierte Morales nach seiner Amtsübernahme mal mit markigen Sprüchen gegen die „transnacionales“, mal mit vorsichtigen Äußerungen, die suggerierten, der Zeitpunkt der Entscheidung müsse verzögert werden¹¹.

Am 1. Mai machte Morales ernst. Per Dekret wurde am symbolträchtigen Tag der Arbeit die Verstaatlichung ausländischer Erdgasunternehmen angekündigt, sowie die Felder und Anlagen derselben militärisch besetzt. Bei näherer Betrachtung allerdings

Militärschule des Heeres, La Razón 19.April; Federación Latinoamericana de Magistrados: Declaración de Panamá v. 18.04., zitiert von La Razón, 25.April: “Jueces piden respeto a la independencia judicial”

⁸ Bolivianische Bischofskonferenz: “no se cierran al mundo”, El Deber, 4.Mai.

⁹ A.Gil sieht mit Morales die Demokratie in Gefahr: “Hay que defender la democracia porque se viene un gobierno prepotente y autoritario. Perseguirán a los disidentes, a la gente del pueblo y a los empresarios”, El Deber, 14.Mai.

¹⁰ Dies betrifft ex-Präsident Rodríguez, ebenso wie seine Amtsvorgänger Sanchez de Lozada und Mesa. Am 24.Juni veröffentlichte der Min. für Wasserstoffe, Soliz Rada eine Liste von 40 Personen die verdächtigt werden, sich im Verlauf der Privatisierungen von Staatsbetrieben illegal bereichert zu haben. Die Liste liest sich wie ein „who’s who“ von Beratern und Mitgl. vergangener „neoliberaler“ Regierungen. La Razón, 24.Juni.

¹¹ “El presidente dice que no es sencilla la nacionalización”, La Razón, 24.April.

bleiben Fragen offen. Die den ausländischen Unternehmen gegebene Frist von 180 Tagen zur Einhaltung des Regierungsdekrets ist „technisch kaum einzuhalten“ und der Wortlaut des Dekrets führe zu Missverständnissen¹². Ebenso sei zweifelhaft ob die Verstaatlichung, selbst mit bolivianischen Gesetzen im Einklang stehe. Der Eindruck zwingt sich auf, Morales handelte taktisch: der symbolische Akt der Verstaatlichung war der perfekte Auftakt zur Wahlkampagne und gleichzeitig ein willkommenes Ventil, um den bis dahin steigenden Druck der MAS-nahen sozialen Organisationen zu dämpfen. Der erste sichtbare Schritt war die Ernennung von Vorständen der nun zu 51% dem Staat gehörenden Unternehmen. Nach dem Schock, der die insgesamt sehr verhandlungswilligen und offenen ausländischen Unternehmen völlig überrascht hat, legte der für seine vehemente Sparache besonders auffällige Minister für Wasserstoffe, A.Soliz Rada nach: Sollten Petrobras oder Respol internationale Gerichte anrufen, könnten Sie die Verträge ganz vergessen¹³.

Dabei war der Akt der Verstaatlichung nicht wirklich das schockierende, sondern eher die Art und Weise, in der sie vollzogen wurde. Denn dass Bolivien bestrebt ist die äußerst lukrative Erdgasindustrie des Landes unter stärkerer staatlicher Kontrolle zu bringen, ist selbstverständlich auch den potenziell davon betroffenen Unternehmen hinlänglich bekannt gewesen. Schon wenige Tage nach dem Wahlsieg Morales' hatte sich z.B. vor allem das brasilianische Staatsunternehmen Petrobras, der mit Abstand größte Investor in Bolivien, um enge Abstimmungen und ein freundliches Verhandlungsklima bemüht. Umso stärker muss da dem eigentlich ideologisch nahestehenden Präsidenten „Lula“ da Silva, die militärische Besetzung der Erdgasfelder und Anlagen überrascht haben. Die Wogen der schlagzeilenträchtigen Auseinandersetzung, in der sich auch der venezolanische Präsident früh zugunsten Morales' einschaltete, schienen mit dem außerordentlichen Gipfeltreffen in Puerto Yguazú, in der ersten Maiwoche geglättet. Am Treffen nahmen neben dem brasilianischen und bolivianischen Staatschef auch Argentinien's Néstor Kirchner und Venezuelas Hugo Chávez teil. Daher ist es mit diplomatischer Ungeschicklichkeit seitens Morales nicht mehr zu erklären, dass dieser einige Tage später, während des Europäisch-Lateinamerikanischen Gipfeltreffens in Wien, umso heftiger nachlangte: Petrobras sei ein in Bolivien „illegal agierendes Unternehmen“ gewesen und daher könne jegliche Wiedergutmachung ausgeschlossen werden¹⁴. Selbst die etwas unbeholfenen Erklärungsversuche des brasilianischen Außenministers C. Amorim, Morales' Worte seien wohl auf den starken Einfluss von Hugo Chavez zurückzuführen, täuschen über einen erheblichen außenpolitischen Schaden nicht mehr hinweg¹⁵.

Der Nationale Entwicklungsplan: ideologische Milchmädchenrechnung

Bolivien ist eines der ärmsten Länder Südamerikas und dennoch steht ihre Volkswirtschaft, dank der relativ strammen Haushaltsdisziplin der vergangenen 20 Jahre auf gesunden Füßen. Eine niedrige Inflationsrate von knapp 5%, ein geringes Haushaltsdefizit (ca. 2% des BSP) und sehr hohe Devisenreserven erlauben der aktuellen Regierung einen vergleichsweise großen Handlungsspielraum. Der alarmierende Rückgang

¹² So der Leiter des Aufsichtsamtes für Wasserstoffe, V.H.Sainz, am 10.Mai in La Razón

¹³ So Min. A.Soliz Rada am 19.Mai: „no habrá contratos si hay arbitrajes“, El Deber, 19.Mai.

¹⁴ „Evo acusa a Petrobrás de ilegal y descarta indemnización“, El Deber, 11.Mai.

¹⁵ Der brasil. Außenminister C.Amorim äußerte zuvor „Unbehagen“, da Beamte der venezolanischen staatlichen Erdölgesellschaft PdVSA aktiv an der Verstaatlichung in Bolivien teil gehabt hätten, La Razón, 10.Mai.

der ausländischen Direktinvestitionen soll durch größere staatliche Einnahmen aus der Erdgasindustrie wettgemacht werden, die im nächsten Jahr, im Vergleich zu 2004 (US\$ 140 Mio), mehr als versechsfacht werden sollen (US\$ 720 Mio.)¹⁶.

Der seit Anfang März angekündigte „Nationale Entwicklungsplan“ (Plan Nacional de Desarrollo) wurde von vielen Beobachtern mit großer Spannung erwartet. Mitte Juni wurde er dann endlich vorgestellt. In einer stark ideologisch durchtränkten Sprache kündigte er das Ende des neoliberalen Modells in Bolivien an. Der Plan setzt sich bis 2011 einige zentrale Ziele:

- Wirtschaftswachstum von 7% jährlich erreichen;
 - Armut von 63% auf 50% und extreme Armut von 34% auf 27% reduzieren;
 - 90.000 Arbeitsplätze jährlich schaffen;
 - Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von US\$ 1.000 auf US\$ 1.411 erhöhen
- Zur Erreichung dieser und anderer Ziele rechnet die Regierung mit Investitionen in Höhe von insgesamt US\$ 12,7 Mrd., die zu 60% von öffentlichen und zu 40% von Investoren aufgebracht werden sollen¹⁷.

Wie diese Investitionssumme erreicht werden soll, bleibt im Dunkeln. Besonders die angestrebten privaten Investitionen erinnern eher an Milchmädchenrechnungen, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, wie neuerdings mit ausländischen Investoren umgegangen wird. Bedenklich unrealistisch ist der Plan vor allem auch deswegen, weil ein wichtiger Motor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für eine gesunde Diversifizierung der Volkswirtschaft, nämlich der Außenhandel, nicht gebührend behandelt wird. Aufgrund ideologischer Vorbehalte wird z.B. seit Monaten keine Entscheidung zu den Handelsverträgen mit den USA getroffen. Dabei hängen ca. 100.000 Arbeitsplätze von diesen Verträgen ab, die besonders den Export von bis zu 6.000 werthaltigen bolivianischen Produkten fördern (z.B. Manufakturen, Textilien). Ähnlich verhält es sich mit der krisengeschwächten Andengemeinschaft CAN, dessen Ratsvorsitz Bolivien ab Juli übernommen hat. Obgleich Präsident Morales während der Gipfelkonferenz in Quito, die CAN als „gerettet“ bezeichnete, bleibt die große Skepsis. Denn Morales stimmte grundsätzlich mit der politischen Einschätzung des venezolanischen Präsidenten Chavez überein, nach der die CAN keine Mitglieder haben dürfe, die zugleich Freihandelsverträge mit den USA unterzeichneten. Für Chavez war die Tatsache, daß Kolumbien und Perú diesen Weg gingen, angeblich der Grund die CAN-Mitgliedschaft Venezuelas zu kündigen. Venezuela mag sich diesen Luxus leisten können – in Bolivien hängen fast 250.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der CAN-Mitgliedschaft ab und fast 20% der Exporte gehen in die CAN-Länder¹⁸.

Demgegenüber sollen die mit Venezuela und Kuba am 29. April unterzeichneten „Handelsverträge der Völker“, die als neoliberal und ungerecht bezeichneten Freihandelsverträge mit den USA ersetzen. Unklar bleibt allerdings, wie – das Handelsvolumen Boliviens mit Kuba betrug im Jahr 2005 ganze US\$ 5.000,-. Ein wahrscheinlich nicht besonders ernst gemeinter Vorschlag geisterte noch Tage danach durch die bolivianischen Medien: man solle den Kubanern doch Alpaca-Pullover verkaufen.

¹⁶ Fundación Milenio: Informe sobre la Economía en el año 2005, La Paz 2006. Zu staatliche Einkommen aus Erdgasindustrie, La Epoca, 7.Mai.

¹⁷ Plan Nacional de desarrollo, s. homepage des boliv. Planungsministeriums: www.planificacion.gov.bo

¹⁸ Fundación Milenio: Informe sobre la Economía en el año 2005, La Paz 2006. Morales: „La Can está salvada“, EL Deber, 14.Juni.

Morales' Außenpolitik – Wie stark wirkt Chavez auf Morales?

An der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen ist ein starker ideologischer Reflex mittlerweile unübersehbar. Ein militanter Anti-Amerikanismus, der selbst haarsträubend absurde Vorwürfe hervorbringt, ist Kernstück einer Außenpolitik die sich als "Diplomatie der Völker" versteht. Zu vielen anderen Staaten verlaufen zur Zeit die Beziehungen jedoch weit unberechenbarer: Bolivien vermeintlich ideologisch nahestehende Regierungen wie die Brasiliens oder Spaniens, müssen sich harte Angriffe gefallen lassen, während mit ehemaligen Erzfeinden wie Chile weiterhin eine Art honeymoon durchlebt wird¹⁹.

Die neben der anti-amerikanischen Haltung derzeit einzig berechenbare Komponente in der Außenpolitik der neuen bolivianischen Regierung, ist neuerdings die enge Anlehnung an Kuba und insbesondere Venezuela. Anfänglich wurde dieses Verhältnis der bolivianischen Öffentlichkeit sehr behutsam präsentiert. Verkörpert wurde es durch eine Alphabetisierungskampagne, sowie die Entsendung kubanischer Ärzte in die ländlichen Regionen Boliviens. Auffälliger wurde es mit der Häufung der Zusammentreffen von Chavez und Morales und die mehrfachen Besuche des venezolanischen Machthabers in Bolivien. Auch die Einmischung Venezuelas im Wahlkampf der MAS nahm ab Mai immer dreistere Formen an: War Ende April noch der Geschäftsträger der venezolanischen Botschaft in Bolivien Ehrengast bei der Eröffnung der Wahlkampagne der MAS, so war es Chavez höchstpersönlich, der Ende Mai für Morales und die MAS Stimmung machte. Die Unterstützung des Venezolaners beschränkte sich aber nicht nur auf warme Worte und markige Attacken gegen die „Rechte“ im Lande: Chavez ließ Morales ein Flugzeug und zwei Hubschrauber, finanzierte die Rechte für die landesweite Übertragung der Fußball-WM in Bolivien und stellte eigene Berater für die Umsetzung der Verstaatlichung der Erdgasindustrie zur Verfügung. Venezuela eröffnete Bolivien Ende April ein Kredit in Höhe von US\$ 100 Mio. und die venezolanische Erdölgesellschaft PdVSA beschloß eine Allianz mit ihrer bolivianischen Gegenseite YPFB zur Industrialisierung von Erdgas. Unbestätigt bleiben Meldungen nach denen auch Militärberater aus Venezuela in Bolivien anwesend seien. In jedem Fall ist die Präsenz Venezuelas und Kubas seit Mai deutlich sichtbar und frühere, nicht unbedingt ernst genommene Äußerungen Morales', nach denen Castro als „großer Bruder“ und Chavez als „Beschützer des bolivianischen Volkes“ bezeichnet wurden, erhalten heute für viele Bolivianer eine durchaus bittere Note²⁰.

Vor einigen Monaten lautete die Frage noch, ob die neue Regierung Boliviens zum autoritären Modell Chavez oder zum gemäßigten Modell Lula tendiere. Spätestens seit

¹⁹ Z.B.: US-Amerikanische Mordkomplotts gegen Morales; Anwesenheit in Bolivien von als Touristen und Studenten getarnten US-Soldaten, La Razón 21.Juni. „Diplomacia de los pueblos“ wird gerne vom boliv. Außenminister D.Choquehuanca als Alternative zur „ofiziellen“ Diplomatie ins Spiel gebracht; „Spanien hält ihre Verpflichtungen in den Beziehungen zu Bolivien nicht ein.“, so das pauschale Urteil Morales' anlässlich einer Pressekonferenz in Wien (Europ.-Lateinamerik. Gipfel), El Deber 13.Mai

²⁰ Chavez übertrug sogar seine wöchentliche TV-Sendung „Aló Presidente“ aus Tiahuanacu, El Deber, 30.Mai.; Leihgaben Chavez': Flugzeug und Hubschrauber seien dazu da, Morales nach Europa fliegen und Wahlkampftermine wahrnehmen zu können, La Razón, 11. bzw. 30.Mai; PdVSA finanziert die Übertragung der WM nach Bolivien und schaltet Werbespots, die die neue Beziehung zwischen Bolivien und Venezuela als den wahrgewordenen Traum der Freiheitskämpfer Bolívar (Venezuela) und Sucre (Bolivien) feiern, La Razón 22.Mai; Militärische Präsenz, El Deber 1.Juni. und La Época, 28.Mai.; Morales zu Castro und Chavez: La Razón 17.Mai.

dem Zerwürfnis mit Lula scheint diese Frage nun beantwortet. Eine weitere Frage steht nun offen: wird sich Morales von Chavez' Großmannssucht einer „Regionalen bolivarianischen Konföderation“ vereinnahmen lassen? Auffallend ist jedenfalls, daß vieles, was zur Zeit in Bolivien geschieht, stark an frühere Entwicklungen in Venezuela erinnert: dazu gehört die schon erwähnte Alphabetisierungskampagne („Yo sí puedo“), die massive medizinische Hilfe aus Kuba, die Landverteilung, die im Zuge der neuen Verfassung angeschobene Debatte zur Wiederwahl des Präsidenten, etc.

Die neue Verfassung – eher Chance oder Risiko?

Eine einfache Antwort auf diese schon eingangs formulierte Frage gibt es natürlich nicht. Und selbst der Einfluß der autoritären Regimes aus Venezuela und Kuba ist begrenzt, zumal Bolivien sehr vieles von den beiden karibischen Ländern unterscheidet. Im wesentlichen begegnen die Bolivianer drei großen politischen Herausforderungen, denen traditionelle Konfliktlinien zugrundeliegen und die wiederum den großen Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern ausmachen:

1. Politische Partizipation indigener Bevölkerungsteile –
Die Regierung Morales stellt sich gerne als die „wahre“ Vertreterin der indigenen Bevölkerungsmehrheit dar. Tatsache ist aber, daß schon während der Kandidatenaufstellung der MAS für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die Vertreter der beiden wichtigsten indigenistischen Organisationen, Conamaq und Cidob unberücksichtigt blieben. Vielen indigena Führern ist deshalb unklar, wie ernst es Morales mit einer politisch ungebundenen Förderung der Partizipation von Aymara, Quechua oder Guaraní ist.
2. Regionale Autonomien –
Im Unterschied zu vielen Ländern der Region, ist in Bolivien das politische Zentrum nicht auch gleich das wirtschaftliche. Santa Cruz ist zweifellos die „Lokomotive“ Boliviens. Seit Amtsübernahme von Morales füllt die Region jedoch zunehmend auch das politische Vakuum einer äußerst schwachen parlamentarischen Opposition. Chance ist dabei, daß Santa Cruz – auch im Verlauf einer stärkeren Dezentralisierung – größere politische Verantwortung für das ganze Land übernimmt. Das große Risiko ist, daß dies zu einer stärkeren politischen Spaltung des Landes führt, die im schlimmsten Fall in gewalttätigen Auseinandersetzungen endet.
3. Wohlstand mit sozialem Ausgleich und Armutsbekämpfung –
Die größten Erwartungen der Bolivianer in die aktuelle Regierung liegen in diesem Bereich. So oft hat Präsident Morales nun das sog. „neoliberale“ Modell verunglimpft, daß er automatisch in der Pflicht ist, es besser machen zu müssen. Die Frage ist, ob sich in der neuen Verfassung, obsolete Rezepte des Staatsdirigismus durchsetzen, oder vielleicht kreative Lösungen, um Wirtschaftswachstum mit sozialem Ausgleich zu ermöglichen.

Die Verfassungsmütter und –väter, die sich ab den 6. August in Sucre zusammen finden, um eine neue Verfassung zu schreiben, stellen sich keinen neuen Herausforderungen. Im wesentlichen wird es an ihnen liegen, insbesondere an der mehrheitlichen MAS-Fraktion, daß diese Verfassung auf Kompromisse aufbaut, auf Ausgleich bedacht ist und einen klugen Weg des Neuanfangs geht, indem sie eben nicht wie viele ihrer Vorgänger, erneut Bolivianer aufgrund regionaler Herkunft, Ethnie oder eben politischer Meinung ausschließt.

E-Mail: pabehrens@kasbolivia.org